



HESSISCHER LANDTAG

15. 12. 2014

Kleine Anfrage

des Abg. Rentsch (FDP) vom 03.11.2014

betreffend Praxis der Landesregierung bezüglich der Beantwortung parlamentarischer Initiativen und "Neuer Stil"

und

Antwort

des Chefs der Staatskanzlei

Vorbemerkung des Chefs der Staatskanzlei:

Die nachstehenden Antworten beziehen sich auf den Bearbeitungsstand 05.11.2014 (siehe Anlagen).

Diese Vorbemerkung voran gestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport wie folgt:

Frage 1. Wie viele Kleine Anfragen gemäß § 35 GOHLT sowie Berichtsanträge gemäß § 31 GOHLT gab es in der 19. Legislaturperiode bis zum 31. Oktober 2014?

Von den 67 Berichtsanträgen sind 49, von den 403 Kleinen Anfragen sind 333 beantwortet.

Frage 2. Wie viele Kleine Anfragen wurden in diesem Zeitraum fristgerecht im Sinne des § 35 Absatz 3 Satz 1 GOHLT, d.h. innerhalb von sechs Wochen, beantwortet? (Bitte aufgeschlüsselt nach Ministerien sowie in absoluten Zahlen, in Prozent im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kleinen Anfragen sowie nach antragstellender Fraktion)

Siehe hierzu Anlage 1.

Der prozentuale Anteil der fristgerecht im Sinne des § 35 Absatz 3 Satz 1 GOHLT beantworteten Kleinen Anfragen beträgt 49 %.

Frage 3. Bei wie vielen Kleinen Anfragen wurde/n der/die Abgeordnete entsprechend über eine Überziehung der regulären Frist gemäß § 35 Absatz 3 Satz 2 GOHLT informiert? (Bitte aufgeschlüsselt nach Ministerien, Initiativen sowie in absoluten Zahlen und in Prozent im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kleinen Anfragen)

	Stk	HMdIuS	HMdF	HMdJ	HKM	HMWK	HMWEVL	HMUkLV	HMSI	Gesamt
Gesamt (innerhalb des Ressorts)	9	37	19	22	45	23	74	48	56	333
Beantragte Fristverlängerungen	5	17	9	12	13	12	30	14	26	138
Prozentualer Anteil (bemessen an der Gesamtzahl)	56 %	46 %	47 %	55 %	29 %	52 %	41 %	29 %	46 %	41 %

Die Auflistung der Initiativen ist als Anlage 2 beigefügt.

Frage 4. Wie erklärt sich die Landesregierung die bisher regelmäßig verspätete Beantwortung von Kleinen Anfragen in der 19. Legislaturperiode?

Wie aus den Antworten zu den Fragen 2 und 3 ersichtlich erfolgt die Beantwortung keineswegs regelmäßig verspätet. Vielmehr handelt es sich bei nahezu allen Fällen um ordnungsgemäße Bearbeitung nach § 35 Absatz 3 GOHLT.

Frage 5. Welchen Zeitablauf zwischen der Unterzeichnung der Antworten auf Kleine Anfragen durch ein Mitglied der Landesregierung bis zur Verteilung dieser durch die Landtagsverwaltung an die Antragsteller hält die Landesregierung für üblich und akzeptabel?

Auf die Verteilung der Antworten durch die Landtagsverwaltung an die Antragsteller hat die Landesregierung keinen Einfluss.

Frage 6. Wie viele Berichtsanträge wurden in diesem Zeitraum innerhalb der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Regelfrist des § 31 Absatz 4 Satz 1 GOHLT, d.h. innerhalb von zwei Monaten, beantwortet? (Bitte aufgeschlüsselt nach Ministerien sowie in absoluten Zahlen und in % zum Verhältnis zur Gesamtzahl der Berichtsanträge sowie nach antragstellender Fraktion)

Siehe hierzu Anlage 3.

Wegen des Sachzusammenhangs werden die Fragen 7, 8 und 10 zusammen beantwortet:

Frage 7. Wie erklärt die Landesregierung die mit der Soll-Vorschrift des § 31 Absatz 4 Satz 1 GOHLT nicht in Einklang stehende Praxis, Berichtsanträge in den Fachausschüssen regelmäßig erst nach Ablauf der vorgesehenen zwei-Monats-Frist zu beantworten?

Frage 8. Hält es die Landesregierung für zielführend und mit dem von ihr ausgerufenen "neuen Stil" vereinbar, wenn die Beantwortungspraxis der Landesregierung die Oppositionsfraktionen dazu nötigt, künftig nur noch im Wege dringlicher Berichtsanträge Informationen abzufragen, um diese innerhalb angemessener Fristen zu erhalten?

Frage 10. Wie gedenkt die Landesregierung in Zukunft besser zu gewährleisten, dass die parlamentarischen Rechte insbesondere der Oppositionsfraktionen nicht durch die verspätete Beantwortung von parlamentarischen Initiativen erheblich beeinträchtigt werden?

Die Landesregierung ist grundsätzlich bemüht, die parlamentarischen Initiativen innerhalb der von der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags vorgegebenen Frist zu beantworten. Dies ist allerdings nicht immer möglich, weil sehr häufig Behörden bzw. Institutionen um Zulieferung von Zahlenmaterial oder Stellungnahmen gebeten werden müssen oder Abstimmungsbedarf innerhalb der Landesregierung besteht.

Die Landesregierung bearbeitet die Anfragen der Mitglieder des Hessischen Landtags stets mit hoher Priorität und unternimmt die erforderlichen Maßnahmen, im Rahmen der Möglichkeiten fristgerecht Ergebnisse zu liefern. Gleichzeitig misst sie der Qualität der Antworten eine hohe Bedeutung zu. Um die Anfragen also vollumfänglich beantworten zu können, sind daher oftmals Anträge auf Fristverlängerung erforderlich.

In einem konkreten Fall der letzten Monate wurde nach einer, zunächst als Berichtsantrag eingereichten Initiative kurze Zeit später ein wortgleicher Dringlicher Berichtsantrag erneut eingereicht, nachdem eine Fristverlängerung beantragt werden musste, weil die angefragten Zahlen der Landesregierung noch nicht vorlagen, da die Bearbeitung des Komplexes noch nicht abgeschlossen war. Auch im Wege des Dringlichen Berichtsantrags konnte die Auskunft im Ausschuss nicht erteilt werden, da auch zu diesem Zeitpunkt die Zahlen noch nicht vorlagen. Insofern ist dann auch ein Dringlicher Berichtsantrag nicht zielführend, da dann zwangsläufig nur ein Teil der Fragen vollumfänglich beantwortet werden kann.

Frage 9. Wie beurteilt die Landesregierung mit Blick auf den bereits angesprochenen "neuen Stil", dass der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag am 8. Juli 2014 ein bereits zugesagtes internes Gespräch mit dem Leiter des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz aus "Fürsorgegründen gegenüber Mitarbeitern" kurzfristig abgesagt wurde, während offenbar keine Bedenken bestehen, verschiedene Vertreter des Verfassungsschutzes in öffentlichen Veranstaltungen, wie beispielsweise am 19. September bei einer CDU-Parteiveranstaltung in Limburg, auftreten zu lassen?

Nach Auskunft des Ministeriums des Innern und für Sport hat die FDP-Fraktion mit E-Mail vom 7. Juli 2014 zu einer Pressekonferenz für den 8. Juli 2014 (14:00 Uhr) eingeladen. In dieser Presseeinladung wird u.a. ausgeführt, dass *"der innen- und schulpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag das weitere Vorgehen der FDP-Fraktion betreffend der Entwicklung der salafistischen Bewegung in Hessen präsentieren möchte"*.

Durch die Ansetzung dieser Pressekonferenz in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu dem Vortrag des Präsidenten des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz vor der FDP-Fraktion am Morgen des 8. Juli 2014 überwogen nach gründlicher Abwägung aus Sicht der Landesregierung nicht fachliche Interessen an dem Vortrag, sondern politische. Aus Gründen der Fürsorge den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung gegenüber wurde der Vortrag daher abgesagt. Gleichwohl wurde der FDP-Fraktion mitgeteilt, dass Herr Staatsminister Beuth und Herr Staatssekretär Koch grundsätzlich gern für ein politisches Gespräch zur Verfügung stehen.

Wiesbaden, 12. Dezember 2014

Axel Wintermeyer

Anlagen

18. Januar 2014 bis 31. Oktober 2014

Beantwortungsfrist von 6 Wochen gem. § 35 (3) GO HLT

	Stk	HMdluS	HMdF	HMdJ	HKM	HMWK	HMWEVL	HMUKLV	HMSI	Gesamt
Gesamt (innerhalb des Ressorts)	9	37	19	22	45	23	74	48	56	333
CDU	1	4			2				1	8
SPD	8	16	10	16	32	17	55	31	36	221
Bündnis 90/DIE GRÜNEN										
DIE LINKE		6	3	2	2	3	8	5	5	34
FDP		11	6	4	9	3	11	12	14	70
Fristgerecht beantwortet (innerhalb von 6 Wochen)	4	16	9	8	28	11	32	24	30	162
CDU		4			2					6
SPD	4	7	5	6	21	8	27	14	18	110
Bündnis 90/DIE GRÜNEN										
DIE LINKE		1		1			2	3	3	10
FDP		4	4	1	5	3	3	7	9	36
Prozentualer Anteil der fristgerechten Beantwortung (bemessen an der Gesamtzahl)	44%	43%	47%	36%	62%	48%	43%	50%	54%	49%
Fälle sind noch in Bearbeitung *	7	14	5	2	19	2	7	9	5	70

* Werte wurden bei der Gesamtzahl nicht mitberechnet

18. Januar 2014 bis 31. Oktober 2014

Mitteilung über Überziehung der regulären Frist gem. § 35 (3) GO HLT

Hessische Staatskanzlei

DRS	Betreff
19/168	Verteilung von EU-Mitteln nach Städten und Gemeinden im Kreis Bergstraße
19/211	Fördervereine in Hessen
19/296	Veranstaltungen der Hessischen Landesvertretung in Brüssel
19/770	Verteilung von EU-Mitteln nach Städten und Gemeinden im Main-Kinzig-Kreis
19/783	EU-Fördermittel für Landkreise in Hessen

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

DRS	Betreff
19/25	Beamtenrechtliche Ausnahmegenehmigungen für Bedienstete in Ministerbüros
19/104	Verhinderung der Einsicht in die Akten zum Polizeieinsatz bei den Frankfurter Blockupy-Protesten im Juni 2013
19/210	Kriminalisierung von Flüchtlingen und Entwicklung der Zahl der Verstöße gegen das Ausländerrecht
19/317	Schwimmbadschließungen und Schwimmunterricht in Hessen
19/332	Residenzpflicht und Kriminalisierung von Geflüchteten
19/333	Polizeiliche Zusammenarbeit mit der Türkei
19/342	Fördermittel für Sportvereine
19/418	Datensicherheit hessischer Behörden und Auswirkungen von Cyberkriminalität
19/454	Gemeinsames Sicherheits- und Servicezentrum von Zoll, Bundes- und Landespolizei am Frankfurter Flughafen
19/528	Umgang der Landesregierung mit Straftaten mit radikalislamistischen Hintergrund I
19/529	Umgang der Landesregierung mit Straftaten mit radikalislamistischen Hintergrund II
19/544	Teilzeitbeschäftigung und Stellenteilung von kommunalen Wahlbeamten in Hessen
19/623	Jahresabschlüsse der Hessischen Kommunen
19/727	Nachberechnung von Ruhestandsbezügen für Teilzeitbeamtinnen und -beamte
19/741	Abschiebungshaft in Hessen
19/776	Versorgungsämter in Hessen
19/798	Anfragen von kommunalen Mandatsträgern und kommunalen Fraktionen an die Regierungspräsidien in Hessen

18. Januar 2014 bis 31. Oktober 2014

Mitteilung über Überziehung der regulären Frist gem. § 35 (3) GO HLT

Hessisches Ministerium der Finanzen	
DRS	Betreff
19/150	Auswirkungen der Reduzierung der Arbeitszeit auf 41 Stunden
19/265	Investitionskosten beim Bau von Unterkünften für Flüchtlinge
19/290	Zusammenarbeit mit dem US-Geheimdienst-Dienstleister Computer Science Corparation (CSC)
19/360	Nutzung des Kollegiengebäudes in Darmstadt als Rathaus
19/414	Abfrage von Kontodaten
19/417	Flughafen Kassel-Calden: Defizite und geplante Defizite 2014 bis 2020
19/472	Immobilienutzung in Hessen/Christian-Spielmann-Schule in Weilburg
19/531	Personalveränderungen in der Steuerverwaltung
19/665	Nutzung von Cloud-Computing durch Hessische Ministerien und nachgeordnete Behörden

Hessisches Ministerium der Justiz	
DRS	Betreff
19/41	Millionenfacher Diebstahl von Email-Kontodaten
19/95	Erhalt des Anwaltszimmers im Frankfurter Landgericht
19/129	Terminierung der Hauptverhandlung im Verfahren gegen den Bürgermeister von Homburg/Efze Martin Wagner
19/319	Geschredderter Antrag eines Gefangenen der JVA Schwalmstadt
19/364	Personalsituation in der Verwaltungsgerichtsbarkeit
19/483	Sexualdelikte in Hessen
19/496	Verlagerung des Arbeitsgerichts von Limburg an der Lahn nach Wiesbaden
19/535	Umwandlung von Referendarstellen zur Auflösung von Kettenarbeitsverhältnissen in der Hessischen Justiz
19/563	Videoüberwachung in Hessischen Justizvollzugsanstalten
19/724	Geschäftsgang von Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt
19/736	Ortsgerichte in Hessen
19/793	Unbesetzte Stellen in der Sozialgerichtsbarkeit

18. Januar 2014 bis 31. Oktober 2014

Mitteilung über Überziehung der regulären Frist gem. § 35 (3) GO HLT

Hessisches Kultusministerium	
DRS	Betreff
19/260	Programm "Schule und Gesundheit"
19/321	Kinder- und Jugendschutz-Maßnahmen gegen Cybermobbing
19/390	Konrektorinnen und Konrektoren an hessischen Grundschulen
19/453	"Pakt für den Nachmittag" und Gewährleistung von qualitativ hochwertigen Betreuungsangeboten
19/455	Lehrkräfte in Vorbereitung und Ausbilder für den Vorbereitungsdienst
19/543	Sozialindex für die Lehrerzuweisung
19/551	JeKI (Jedem Kind sein Instrument)
19/754	Einstufung der Schulwege
19/772	Berufliche Schulen in Hessen
19/789	Gütesiegel und Zertifikate für hessische Schulen
19/790	Lehrkräfteversorgung zum Schuljahr 2014/2015
19/791	Unihockey und andere Sportarten im Schulunterricht
19/873	Aufnahmekriterien für Fachschulen Sozialpädagogik

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst	
DRS	Betreff
19/21	Kostensteigerung bei Sanierung des Hessischen Landesmuseums
19/83	Feststellung der Prüfungsunfähigkeit an hessischen Universitäten und Fachhochschulen
19/109	Finanzielle Ausstattung der Rechtsmedizin
19/161	Hessisches Zentrum für klinische Umweltmedizin (HZKUM) in Gießen
19/270	Zeitweilig an der Universität Kassel verlangte "Erklärung zu Strafen und Disziplinarmaßnahmen sowie zu laufenden Verfahren"
19/318	Schließung von Musikschulen in Hessen
19/355	Realisierung Freilichtmuseum Zeiteninsel in Weimar (Lahn)
19/475	Kinderradiologie in Hessen
19/552	Kooperative Promotionen
19/713	Zwei- und englischsprachige Bachelor- und Masterstudiengänge
19/746	Vom Präsidium der TU Darmstadt geplante Umstrukturierung des Instituts für Allgemeine Pädagogik und Berufspädagogik
19/819	Verlässlichkeit für wissenschaftlichen Nachwuchs

18. Januar 2014 bis 31. Oktober 2014

Mitteilung über Überziehung der regulären Frist gem. § 35 (3) GO HLT

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	
DRS	Betreff
19/42	Bewertung Vorschläge für Luftverkehrskonzept
19/79	Feldversuch Gigaliner in Hessen
19/88	Entwicklungen der Rechnungsstellung von Freiwilligen Feuerwehren an das Land Hessen
19/90	Lärmpausen am Frankfurter Flughafen
19/105	Bau des Terminals 3 am Flughafen Frankfurt
19/176	Barrierefreier Zugang am Bahnhof Oestrich-Winkel/Mittelheim
19/202	Mittelzentren im Kommunalen Finanzausgleich
19/240	Erhöhung der EEG-Umlage durch veränderte Stichtagsregelung der EEG-Reform
19/264	Potenzial der Verlagerung von Flügen auf die Bahn am Flughafen Frankfurt am Main in den sogenannten Nachtrandstunden
19/271	Mediationsangebot der Hessen Agentur zur Akzeptanz von Windkraftstandorten
19/293	Umzingelungs- und Übernutzungsverbote als Kriterium zur Ausweisung von Windvorrangflächen
19/308	Realisierung der Straßenbahn von Darmstadt nach Groß-Zimmern
19/311	Ausbildungsabbrüche in der dualen Berufsausbildung
19/324	Kapazitätsengpässe auf ausgeschriebenen SPNV-Strecken, insbesondere bei der Fahrradmitnahme
19/325	Verwendung der Regionalisierungsmittel durch Hessen
19/337	Technische Assistenzberufe im MINT-Bereich
19/338	Unfallmindernde und lärmindernde Maßnahmen auf der Bundesstraße 521 entlang der Gemarkung der Gemeinde Niederdorfelden
19/376	Pläne der Landesregierung zur Förderung der hessischen Designwirtschaft
19/380	Planung der Ortsumgehung Freigericht/Hasselroth
19/381	Tiefengeothermie im Oberrheingraben
19/456	Bedarfsprüfung für den Bau des Terminals 3 am Frankfurter Flughafen
19/470	Verluste kommunaler Energieversorger
19/676	Landesstraßenbau
19/716	Sicherung von Arbeitsplätzen in Hessen, Gefährdung durch hohe Energiekosten in Folge des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG), Aktivität der Hessischen Landesregierung
19/717	Windkraft im Reinhardswald (Landkreis Kassel)
19/728	Lautsprecherdurchsagen an Bahnhöfen für Menschen mit Behinderungen
19/732	Betrieb der reaktivierten Bahnstrecke Korbach-Frankenberg und des RegioNetzes Kurhessenbahn
19/733	Flughöhe bei Einzelfreigaben bei BIBTI 2L
19/742	Nichtweiterverfolgung der Planung der Ortsumgehung Freigericht/Hasselroth
19/757	Erstattung der Bearbeitungsentgelte bei Krediten

18. Januar 2014 bis 31. Oktober 2014

Mitteilung über Überziehung der regulären Frist gem. § 35 (3) GO HLT

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	
DRS	Betreff
19/53	Förderung Naturpark Meißner-Kaufunger Wald
19/159	Beseitigung der Altlasten in der Eppsteiner Straße 11 und 13 in Oberursel
19/160	Behördlicher Umgang mit Altlasten in der Eppsteiner Straße 11 und 13 in Oberursel
19/163	Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt"
19/160	Behördlicher Umgang mit Altlasten in der Eppsteiner Straße 11 und 13 in Oberursel
19/178	Umweltlotterie
19/286	Abschaffung der GVO-Kennzeichnungspflicht bei Honig durch EU
19/430	Umsetzung der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung durch die Hessische Landesregierung
19/444	Gefährdung durch Kampfmittel auf dem Premiumwanderung "Der Hochrhöner"
19/622	Kupieren von Ferkeln
19/762	Rückstellungen für Rückbau von Windkraftanlagen in Hessen
19/763	Rückbau von Windkraftanlagen in Hessen
19/769	Kommunale Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
19/799	Unwetterschäden in Hessen im Sommer 2014

18. Januar 2014 bis 31. Oktober 2014

Mitteilung über Überziehung der regulären Frist gem. § 35 (3) GO HLT

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration	
DRS	Betreff
19/20	Exzessiver Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen
19/23	Vormundschaften und Pflegschaften
19/103	Psychotherapeutische Versorgung in Hessen
19/127	"runder Tisch" zur Kinderbetreuung
19/148	Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen
19/162	Mehrgenerationenhäuser
19/201	Ärztliche Versorgung im Rheingau-Taunus-Kreis
19/204	Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in Hessen
19/356	Finanzierung von Beratungsstellen nach § 219 StGB im Hochtaunuskreis Hessen
19/361	Landesmittel im Bereich Kinderbetreuung - Teil 2
19/365	Pflegereferat des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration
19/367	Belastungen hessischer Bürgerinnen und Bürger durch die Rentenreform 2014 - I
19/368	Belastungen hessischer Bürgerinnen und Bürger durch die Rentenreform 2014 - II
19/530	Sonderprogramm MobiPro-EU
19/532	Grippemittel Tamiflu und Relenza
19/560	Ärztliche Versorgung im Wahlkreis 42
19/565	Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst
19/572	Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes in Schutzschirmkommunen und verschuldeten Kommunen
19/604	Schwangerenkonfliktberatung in Hessen
19/707	Kinderhorte in Hessen
19/709	Einhaltung von Hilfsfristen durch den Rettungsdienst in Hessen
19/739	Kosten für Integrationshelfer
19/764	Frankfurter Flughafen - Sicherheit vor Ebola
19/771	Hebammenausbildung und Modellklausel
19/788	Schulsozialarbeiterstellen in Hessen
19/796	Vergütungssituation der Tagespflegepersonen

18. Januar 2014 bis 31. Oktober 2014

Beantwortungsfrist von 2 Monaten nach § 31 (4) GO HLT

	Stk	HMdLuS	HMdF	HMdJ	HKM	HMWK	HMWEVL	HMUUKLV	HMSI	Gesamt
Gesamt (innerhalb des Ressorts)		5	2	3	7	5	7**	10	13	52
CDU			1				2			3
SPD		1	1	2	7	5	4	9	13	42
Bündnis 90/DIE GRÜNEN										
DIE LINKE		2						1		3
FDP		2		1			1			4
Fristgerecht beantwortet (innerhalb von 2 Monaten)		1	1	1	4	3	5	5	3	23
CDU							2			2
SPD			1		4	3	3	4	3	18
Bündnis 90/DIE GRÜNEN										
DIE LINKE		1						1		2
FDP				1						1
Prozentualer Anteil der fristgerechten Beantwortung (bemessen an der Gesamtzahl)		20%	50%	33%	57%	60%	71%	50%	23%	44%
Innerhalb der beantragten Fristverlängerung beantwortet		2		2	2	2		4	9	21
CDU										
SPD				2	2	2		4	9	19
Bündnis 90/DIE GRÜNEN										
DIE LINKE		1								1
FDP		1								1
Prozentualer Anteil bei Beantwortung innerhalb der Fristverlängerung (bemessen an der Gesamtzahl)		40%	0%	67%	29%	40%		40%	69%	40%
Fälle sind noch in Bearbeitung *	2	4	1	2		2	1	1	2	18

* Werte wurden bei der Gesamtzahl nicht mitberechnet

** davon sind 3 Berichtsanhträge nur mündlicher Bericht im Ausschuss (Flugbewegungen)